



Mit Erfolg neu verpackt

Hintergrund ➔ Rechtspopulismus in Deutschland und Europa

In der öffentlichen Diskussion macht ein schillerndes Wort die Runde: Rechtspopulismus. Die Medien bezeichnen verschiedene Parteien, Politiker oder Bewegungen in Europa als rechtspopulistisch – zu Recht und zu Unrecht. Oft dient die Rede vom Rechtspopulismus dazu, »Roß und Reiter nicht beim Namen zu nennen.«¹ So werden gerne alle rechten Wahlerfolge der vergangenen Jahre als »Aufstieg des Rechtspopulismus«² und ähnliches bezeichnet und Parteien mit unterschiedlichem Charakter und unterschiedlicher Geschichte gleich gesetzt.³ Selbst FRANZ SCHÖN-

HUBER lässt sich inzwischen als »Vorläufer des europäischen Rechtspopulismus« feiern. Und dennoch unterscheiden sich viele derjenigen, die unter diesem schwammigen Begriff zusammengefasst werden, von der herkömmlichen extremen Rechten. Wir haben es mit einer neuen, europaweiten Herausforderung von rechts zu tun. Mit Blick auf die europäischen Nachbarstaaten wird darauf gewartet, wann endlich auch in Deutschland die Partei der Rechtspopulisten kommt. Das könnte übersehen lassen, dass rechtspopulistische Forderungen bei uns schon auf dem Weg sind. Was also macht »Rechtspopulismus« aus und wo steht er in Deutschland?

schen Ballast zu finden, mit dem sich die rechtsextremen Parteien so gerne identifizieren.

Abgrenzung als Programm

Und das nicht ohne Grund: Die Nähe zum formal tabuisierten Faschismus war bislang das größte Hindernis rechter Parteien in Europa auf dem Weg zu einer Etablierung, obwohl das Potential für eine Partei rechts der Konservativen vorhanden ist. Gerade in Deutschland müssen Rechtspopulisten sich deutlich von den alten Parteien der extremen Rechten absetzen, um als »demokratische Alternative« erfolgreich sein zu können. Die grundsätzliche Bejahung

- 1) Heribert Schiedel, Thesen zum aktuellen »Rechtspopulismus« in Europa, <http://www.nadir.org/nadir/kampagnen/landinsicht/content/text107.html>, 17.08.2002.
- 2) Joachim Bischoff/Bernhard Müller, Europa auf dem Weg nach rechts? In: Sozialismus, Juni 2002, S.4ff.
- 3) Schiedel schlägt vor, Parteien wie die FRONT NATIONAL in Frankreich, den VLAAMS BLOK in Belgien, die FPÖ und die ALLEANZA NAZIONALE weiterhin als rechtsextrem, die LIST PIM FORTUYN in Holland, die PRO, die FORTSCHRITTSPARTEI in Norwegen, die DÄNISCHE VOLKSPARTEI, die LEGA NORD in Italien als rechtspopulistisch zu bezeichnen. A.a.O.



RONALD SCHILL, Chef und Begründer der PARTEI RECHTSTAATLICHE OFFENSIVE

Es gibt einige Gründe, eine populistische, autoritäre Rechte von den Rechtsextremen alten Schlages abzugrenzen. Zum einen setzen sie sich verbal und meist auch personell von den Rechtsextremen sowie dem historischen Faschismus ab.

SCHILLS PARTEI RECHTSTAATLICHE OFFENSIVE (PRO) müht sich nach Kräften und mit wechselndem Erfolg, vorbelastete Personen aus ihren Reihen zu halten. Tatsächlich ist in ihrem Programm kein Hinweis auf den historischen und ideologi-

antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.v. (apabiz)

lausitzerstr. 10 | 10999 berlin

geöffnet do von 15 bis 19 uhr und nach absprache

fon | fax: 0 30 . 6 11 62 49

mail@apabiz.de
<http://www.apabiz.de>

konto-nummer: 332 08 00

blz: 100 205 00

bank für sozialwirtschaft

monitor ist nicht im abo erhältlich, aber fördermitglieder bekommen ihn zugeschickt.

Das apabiz e. v. informiert seit 1991 über die Entwicklung der extremen Rechten. Wir bieten vielfältige Materialien an, die über unterschiedliche Aspekte des Rechtsextremismus aufklären und Argumente liefern.

Archiv: Für Recherchen halten wir unser Archiv bereit, das eines der größten dieser Art in der BRD ist. Wir verfügen über rechte Publikationen, Videos, CDs etc. Diese Primärquellen werden ergänzt durch eine Datenbank, in der Presseveröffentlichungen seit Anfang der 90er Jahre erfasst sind, eine umfangreiche Präsenzbibliothek sowie antifaschistische Publikationen aus der gesamten BRD, Europa und den USA.

Bildung: Unser ReferentInnen-Katalog umfaßt derzeit mehr als 25 Vorträge und Seminare aus den Bereichen Judentum und Antisemitismus, Frauen und Rechtsextremismus, Neue Rechte, Burschenschaften, Esoterik und Heidentum, Rechtsextreme Publizistik, Internet, Vertriebenenverbände, Subkulturen und Rassismus.

Sondersammlungen: 1995 haben wir aus den Beständen der Staatsbibliothek Ost mehrere hundert Bücher aus der NS-Zeit übernommen; 1999 kam das Foto- und Redaktionsarchiv der »Deutschen Volkszeitung (DVZ) - die tat« hinzu. Außerdem verwalteten wir die Sammlung des Projekts für interdisziplinäre Faschismus-Forschung an der Freien Universität Berlin.

Kontakt: Unsere Informationen stehen allen Personen und Initiativen zur Verfügung. Umgekehrt sind wir an Euren Einschätzungen und regionalen Erfahrungen interessiert. Wir vereinbaren gerne einen regelmäßigen Austausch oder nehmen Euch in unseren Verteiler auf.



JN mit neuer Führung

Kirchheim • Seit dem 16. November haben die JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN) eine neue Führung. Bundesvorsitzender der NPD-Jugend ist nunmehr der hessische Landesvorsitzende STEFAN ROCHOW, der dafür sein Amt



als stellvertretender Bundesvorsitzender der JUNGEN LANDSMANNSCHAFT OSTPREUßEN (JLO) aufgab. ROCHOW sieht den Schwerpunkt seiner zukünftigen Arbeit u.a. in der politische Bildungsarbeit der JN-Mitglieder und der Stärkung der JN als NPD-Jugendorganisation. Seine Stellvertreter sind der Bundesschatzmeister MATTHIAS BRODBECK (Baden-Württemberg) und der Bundesgeschäftsführer ALEXANDER DELLE (Sachsen). Des weiteren sitzen im JN-Bundesvorstand SEBASTIAN BEHREND (Rheinland-Pfalz), THORSTEN CRÄMER (Nordrhein-Westfalen, Amt Politik und Bildung), MARCO FÄBLER (Baden-Württemberg, Amt Neue Medien), JAN GALLASCH (Berlin-Brandenburg, Amt Kultur), ALEXANDER NEIDLEIN (Sachsen, Amt Organisation), JENS PAKLEPPA (Berlin-Brandenburg, Leiter des Ordnungsdienstes), NICO WEDDING (NRW) und OLIVER WESTERWINTER (NRW). ◀

Freispruch für Oliver Werner

Berlin • Der Neonazi OLIVER WERNER musste im Herbst vor Gericht, weil er am 20. November 2000 im Stadtteil Wilmersdorf mit einem Schlagstock eine Person angegriffen haben soll, die gerade NPD-Aufkleber entfernte. Das Verfahren gegen den stadtbekanntesten Neonazi endete mit einem Freispruch aus Mangel an Beweisen, da das Opfer bei einer ersten Gegenüberstellung WERNER nicht sofort identifizieren konnte und WERNERS Mutter bescheinigte, dass er zur Tatzeit bei ihr war. WERNER war Mitglied der inzwischen verbotenen NATIONALISTISCHEN FRONT und in der ANTI-ANTIFA aktiv. 1994 schoss er vom Dach des Nazirockers ARNULF PRIEM mit einer Zwillie auf ▶

der parlamentarischen Demokratie trennt somit den Rechtspopulismus vom Rechtsextremismus. Nur auf dieser Grundlage – als ehrbare Bürger, verdiente Selbständige, streitbare Richter – können Rechtspopulisten für den starken Staat argumentieren, für scharfe Repression gegen Kriminalität und dies verknüpfen mit der Anwesenheit von zu vielen und den falschen »Ausländern« und »Asylanten«.

Während es in den vergangenen zehn Jahren in vielen Ländern Europas gelungen ist, auf diesem, dem rechtspopulistischen Wege, eine Partei rechts von den Konservativen zu etablieren, lässt dies in Deutschland noch auf sich warten. Zum einen hat der unbedingte Willen der »Volksparteien«, den »Protest« zu integrieren, bisher dazu geführt, dass für eine eigenständige Rechts-Partei keine Raum war – mit immer wieder erheblichen Auswirkungen auf die Inhalte der großen Partei.

Zum anderen fallen aber auch die Bemühungen der Rechten auf dem Gebiet des Rechtspopulismus in Deutschland bescheidener aus: Ein selbständiger Rechtspopulismus jenseits von CDU/CSU und FDP ist aktuell kaum registrierbar, sieht man von der PRO einmal ab. Hinzu kommen strukturelle Probleme – Mangel an fähigem Personal, private Interessen von Provinzfürsten, die Fünf-Prozent-Hürde und anderes –, die einen Parteaufbau oft schon im Ansatz blockieren. Hier sehen sich Rechtspopulisten den gleichen Problemen gegenüber wie die gesamte extreme Rechte.

Inhalte, die Erfolg versprechen

In den Inhalten der Alltags-Politik hingegen unterscheiden sich die Rechtspopulisten oftmals weit weniger von den überkommenen Parteien der extremen Rechten, und auch für ihre Klientel gilt ähnliches.

Erfolgreiche Rechtspopulisten besetzen eine Leerstelle im Parteiensystem und artikulieren eine weit verbreitete Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien. Sie blasen zum »Frontalangriff« auf die politische Klasse, auf Konservative und Liberale wie auf Sozialdemokraten. In deren Vetternwirtschaft und der verbreiteten Korruption wird eine Hauptursache der gegenwärtigen Probleme ausgemacht. Dabei stilisieren sich die Rechtspopulisten gerne als »Anti-Politiker-Politiker«, ein Aspekt, den sich auch SCHILL zu nutze machen konnte.

Gleichermaßen im Visier der Saubermänner und -frauen sind die sozial Deklassierten. Die Rechtspopulisten versprechen eine verschärfte Repression und »Ausgrenzung von angeblich parasitären sozialen Gruppierungen«. ⁴ Der Hamburger Innensenator exerziert dies gerade am Beispiel der Wagenburg Bambule in Hamburg durch.

Beide Attacken – gegen »die da oben« und »die da unten« – sprechen Leuten aus dem Herzen, die sich selbst als hart arbeitende, ehrliche Menschen verstehen, die trotz aller Versuchungen moralisch sauber geblieben seien und die sich von den großen und kleinen Betrügnern um ihren gerechten Lohn gebracht sehen. Hiergegen lehnen sich die Parteigänger – unter ihnen viele der klassischen sozialdemokratischen Klientel – in einer »autoritären Rebellion« ⁵ auf. Die Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien fallen daher mit einer Krise des bisherigen Parteiensystems zusammen.

Wirtschaftlich reden rechtspopulistische Parteien einem autoritären Neoliberalismus das Wort. Die Demokratie soll so funktionieren wie der erfolgreiche Betrieb, die Folge sind Fortfall demokratischer und sozialstaatlicher Regelungen. »Jedes moderne Wirtschaftsunternehmen wird im Grunde autoritär geführt, ohne dass dies in Frage gestellt wird. Warum auch? Demokratische Strukturen und autoritäre Führung widersprechen sich keineswegs, denn Beteiligung an der Entscheidungsfindung ist ein wesentliches Moment autoritärer Führung.« ⁶ Dies ist ein Grund für die deutlich wahrnehmbare Beteiligung von Wirtschaftslobbyisten an rechtspopulistischen Unternehmungen.

Flankiert werden diese Pläne mit der Kritik an der Globalisierung, die deutsche Unternehmen benachteilige. Die Förderung regionaler Wirtschaftsräume mit begierigem Blick nach Osteuropa ist in Deutschland ein beliebter Alternativvorschlag, an dem die Vertriebenenverbände massives Interesse haben.

Ausblick

Rechtspopulistische Ansätze sind in verschiedenem Ausmaß in etablierten Parteien wieder zu finden. Politiker wie SCHILL, MÖLLEMANN oder ROLAND KOCH verdeutlichen das. Die Antwort der Linken auf diese autoritäre Mobilisierung fällt bisher weitgehend aus.

Eine Mobilisierung von Unten – wie sie in Hamburg begonnen hat – wäre zu wünschen. Dafür wäre es hilfreich, die tatsächliche Bedrohung von rechts wahr zu nehmen und die Mitte der Gesellschaft in den Blick zu bekommen.

Ulli Jentsch

⁴) Bischoff/Müller, a.a.O.

⁵) Zu diesem und ähnlichen Aspekten vgl. Schiedel, a.a.O.

⁶) Hans-Joachim Winter, Preußens Chancen bestehen im Unzeitgemäßen. In: Preussische Nachrichten, Nr. 53, Mai 2002. Siehe hierzu auch den Artikel auf S.3.



Die Eliten lieben Preußen

Profil → Die Preußische Gesellschaft Berlin-Brandenburg

Was wollen die Privatgelehrten und Botschaftsmitarbeiter, die Mittelständler und Stammtischbrüder im Geiste Friedrichs des Großen? Die PREUSSISCHE GESELLSCHAFT BERLIN-BRANDENBURG strebt seit sechs Jahren nicht weniger an als die »geistige Erneuerung Deutschlands«.¹ Ausgangspunkt ist dabei ein Verständnis der deutschen Gesellschaft, in dem sich ultrakonservative Elemente ebenso wiederfinden wie das Gejammer über die fehlende »Nationale Identität«.

Auf den Veranstaltungen sowie in der Publikation PREUSSISCHE NACHRICHTEN VON STAATS- UND GELEHRTEN SACHEN² kommen Vertreter unterschiedlicher politischer Ausprägung zu Wort. Dabei ist die Spannweite groß. Sie reicht von rechtskonservati-

ven Monarchisten und Streitern für einen »Freistaat Preußen« bis zu den Befürwortern eines autoritären Neoliberalismus, von Ministerpräsident Matthias Platzeck bis zum rechtsextremen Publizisten HANS-DIETRICH SANDER (siehe *monitor* Nr.7).

Einig sind sich die Preußen-Freunde darin, dass es so nicht weiter gehen kann. Es herrsche »Werteverfall und zunehmende Orientierungslosigkeit«, die Wirtschaft sei auf Grund der »Globalisierung« »völlig ins Schlepptau multinationaler Konzerne geraten«. Verhindert werden soll eine weitere Überfremdung (sic!) auf kulturellem Gebiet, um nicht »Teilen seiner nationalen Identität« beraubt zu werden. Die Medien bedienen »niedere Instinkte«, das Erziehungswesen sei bankrott, die Politiker korrupt anstatt Diener des Staates.³ Rechter Populismus pur.

Ein besonderes Anliegen der Gesellschaft gilt der Förderung der Wirtschaft. Interessant sind hier zwei Argumentationen. Zum einen wird – wie oben – Globalisierung als ein von außen gesteuerter Prozess zu Lasten der einheimischen Wirtschaft interpretiert. Dies korrespondiert mit Tendenzen, einen regionalen Wirtschaftsraum Preußen inklusive polnischer Gebiete zu stärken. Eine Steilvorlage für die Vertriebenenverbände. HANS-JOACHIM WINTER wiederum fordert mehr Autorität in der »liberalisierten Gesellschaft«, da ja in der Wirtschaft »der autoritäre Führungsstil die ganz selbstverständliche und erfolgreiche Art und Weise der Leitung ist.«⁴ WINTER, früherer Autor der rechtsextremen STAATSBRIEFE, fordert daher auch die »Wiedergeburt Deutschlands«, deren Notwendigkeit von der »politischen Klasse vehement bestritten« werde.

Neu im Vorstand ist seit Oktober 2002 FÜRST FERDINAND VON BISMARCK, der über Jahre hinweg an der »Ruhestätte« des »Eisernen Kanzlers« in Friedrichsruh »Reichsgründungsfeiern« ahielt. Den Beirat verlassen hat dagegen WOLFGANG VENOHR, der zuletzt durch die Publikation seiner Jugenderinnerungen im Verlag der JUNGEN FREIHEIT auf sich aufmerksam gemacht hatte. **Ulli Jentsch/Marco Kuhn**

1) PREUSSISCHE GESELLSCHAFT, Zielsetzungen. In: <http://www.preussen.org/page/frame.html>.

2) Nach Eigenangaben 10.000 Leser.

3) VOLKER TSCHAPKE, Neujahrsempfang der Preußischen Gesellschaft. Das Preußenjahr ist vorbei – es lebe Preußen! In: PREUSSISCHE NACHRICHTEN Nr.50, Februar 2002.

4) Hans-Joachim Winter, Preußens Chancen bestehen im Unzeitgemäßen. In: PREUSSISCHE NACHRICHTEN, Nr. 53, Mai 02.

Die Preußische Gesellschaft

Präsident: Volker Tschapke (Bauunternehmer, Beirat der Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen e.V.)

Beirat: Hans-Jürgen Bartsch (Direktor Dresdner Bank), Heiner Bertram (Präsident des 1.FC Union Berlin), Fürst Ferdinand von Bismarck, Hanan Bracksmajer, Dr. Rainer Glagow (Leiter der Verbindungsstelle Berlin der Hanns-Seidel-Stiftung), Richard Schild (Regierungsdirektor), Regina Seidel (Unternehmerin, Bundesvorstand Verband Deutscher Unternehmerinnen, Förderkreis der Deutschen Oper Berlin), Wolfgang Steinriede (Ex-Chef der Berliner Bankgesellschaft), Dr. Wilfried Vedder u.a.

Autoren in den Preussischen Nachrichten: Arnulf Baring, Erhardt Bödecker (Privatbankier, Betreiber eines Brandenburg-Preußen-Museums in Wustrau), Wolfgang Fürniß (CDU, ehemaliger Wirtschaftsminister des Landes Brandenburg), Werner Gegenbauer (Präsident der Industrie- und Handelskammer Berlin), Peter Gillies (Journalist, Autor in Die Welt, Mitglied der Jury des Ludwig-Erhard-Preises für Wirtschaftspublizistik der gleichnamigen Stiftung), Uwe Greve (CDU, Vorsitzender der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung in der CDU/CSU, Mitbegründer des Bundes der Selbstständigen – Deutscher Gewerbeverband e.V., Vorsitzender des Bismarck-Bundes e.V., Autor in Criticon, Deutschland-Magazin, Zeit-Fragen und Ostpreußenblatt), Dr. Wolfgang Lasars (Referent bei der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen, Autor in Junge Freiheit), Jörg Schönbohm, Heimo Schwilk (Autor in Welt am Sonntag, Junge Freiheit, Criticon und Gegengift), Prof. Dr. Wolfgang Stribny (Mitarbeiter des Zollernkreises und Preußeninstitut e.V., Referent bei der Landsmannschaft Ostpreußen), Dr. Kurt Wernicke, Dr. Eckhart Werthebach. **Marco Kuhn**

einen Journalisten. Wenige Monate später fand die Polizei in seinem Rucksack Bombenbauanleitungen. Bei einer anschließenden Hausdurchsuchung wurden vier fast fertige Rohrbomben, Schaltungen zum Bau von Zündern und Schwarzpulver sichergestellt. Zur Zeit sitzt WERNER wegen anderer Delikte in Untersuchungshaft. ◀

Prozesse wegen Rechtsrock

Berlin • Das juristische Nachspiel um die Produktion der CD »Noten des Hasses« der Band WHITE ARYAN REBELS (WAR) – siehe *monitor* Nr. 7 – ist vorerst beendet. Der Sänger der Gruppe, LARS BURMEISTER, wurde zu einer 22monatigen Haftstrafe auf Bewährung verurteilt. Glimpflich davon kam auch der Gubener TONI STADLER, V-Mann des Brandenburger Verfassungsschutzes: Er erhielt eine zweijährige Bewährungsstrafe. Für vier Jahre hinter Gitter muss hingegen MIRKO HESSE wegen der CD-Produktion und anderen Dingen. Der Sachse war seit 1997 Informant des Bundesamtes für Verfassungsschutz. ◀

Gerhard Löwenthal: Ein Leben in der Braunzone

Berlin • Am 6. Dezember ist GERHARD LÖWENTHAL gestorben. Der selbsterklärte Antikommunist war als Moderator der Fernsehsendung ZDF-Magazin bekannt geworden, in der er von 1969 bis 1987 u.a. gegen die Ostpolitik von Willy Brandt und gegen die Staaten des ehemaligen Ostblocks hetzte. LÖWENTHAL bewegte sich jahrzehntelang in der Braunzone der Bundesrepublik, so war er Autor in CRITICON, JUNGE FREIHEIT und OSTPREUßENBLATT und Vorsitzender der DEUTSCHLAND-STIFTUNG E.V. Wegen seiner Kontakte zum BUND FREIER BÜRGER musste er den Vorsitz der Stiftung 1994 abgeben. Später wirkte LÖWENTHAL als Präsident des antikommunistischen Vereins HILFERUFE VON DRÜBEN E.V. Weiterhin gehörte der Multifunktionsär auch dem Kuratorium der DEUTSCH-SÜDAFRIKANISCHEN GESELLSCHAFT an, war Sprecher des Vereins KONSERVATIVE BILDUNG UND KULTUR E.V. und Funktionär der INTERNATIONALEN GESELLSCHAFT FÜR MENSCHENRECHTE. 1993 trat LÖWENTHAL als Unterstützer der VEREINIGUNG ZUR FÖRDERUNG DER PSYCHOLOGISCHEN MENSCHENKENNTNIS auf. Eine seine letzten Aktivitäten dürfte seine Grußbotschaft an den SCHULVEREIN ▶



ZUR FÖRDERUNG DER RUßLANDDEUTSCHEN IN OSTPREUßEN E.V. im April 2002 gewesen sein (vgl. *monitor* Nr. 7, S. 5 f.). ◀

Mitten in Ostpommern

Lassan/Anklam • Unter dem Titel *LASSANER RUNDBRIEF* ist im November bereits zum zweiten Mal ein regionales Polit-Heft aus dem Spektrum der FREIEN NATIONALISTEN in Mecklenburg-Vorpommern erschienen. Als Herausgeber fungieren der KAMERADSCHAFTSBUND LASSAN und der JUNGSTURM LASSAN. Inhalt des einfachen Heftes sind neben Berichten über Aktivitäten der lokalen neonazistischen KAMERADSCHAFTEN vor allem Artikel aus fremder Feder, die den NS verherrlichen. In Pommern, dem östlichen Teil von Mecklenburg-Vorpommern, sind neben einem aktiven Kreisverband der NPD vor allen Strukturen der FREIEN NATIONALISTEN aktiv. Dazu gehören z.B. die Publikationen *DER FAHNENTRÄGER* (Heringsdorf), *DER INSELBOTE* (KAMERADSCHAFTSBUND USEDOM, BANSIN) und der KAMERADSCHAFTSBUND ANKLAM. ◀

Ein verschwiegener Mord

Potzlow • Am 16. November wurde im brandenburgischen Potzlow die Leiche des 17jährigen Marinus gefunden. Der Schüler war bereits vor vier Monaten von mehreren Rechtsextremisten stundenlang gefoltert, zu Tode geprügelt und dann in einer Jauchegrube verscharrt worden. Den genauen Tathergang will die Staatsanwaltschaft aus Pietätsgründen nicht veröffentlichen, so grausam sind die Täter vorgegangen. Seine Leiche wurde nur gefunden, weil einer der Täter besoffen mit der Tat prahlte, nachdem Zeugen und Täter monatelang geschwiegen hatten, unter ihnen die Geschwister MARCEL und MARCO SCHÖNFELD (17, 23) aus Potzlow sowie der 17jährige SEBASTIAN FINK aus Gerswalde. ◀

Thor bald weg?

Dresden • Am 10. Dezember hat der Vermieter des »nationalen Jugendklubs« THOR in Dresden den neonazistischen Betreibern die Räume der Gaststätte zum 31. Dezember wegen Zweckentfremdung gekündigt. Zurückzuführen sein dürfte dies auf den aktiven und kreativen Widerstand gegen den im Mai 2002 eröffneten Neonazi-Treffpunkt, der mit dem CLUB 88 in Neumünster vergleichbar ist und sich schnell zum ▶

Volkstreue Weihnachten

Bericht ➔ Funktionär der Schill-Partei vertreibt rechte CD

Der Vorsitzende des Ortsverbandes Berlin-Neukölln der PARTEI RECHTSSTAATLICHE OFFENSIVE¹, HELGE DRESCHER, vertreibt eine CD mit »nicht christlichen« Weihnachtsliedern. »Diese CD ist für Volkstreue ein unbedingtes Muss!«, bewirbt die neonazistische HEIMATREUE DEUTSCHE JUGEND (HDJ) das Werk.² Bestellen kann man den Tonträger über ein Berliner Postfach, das 1995 noch vom DEUTSCHEN KOLLEG benutzt wurde.

Seine rechtslastige Karriere begann der 35jährige DRESCHER bei der Berliner CDU im Ortsverein Tempelhof. Parallel dazu wirkte er im JUNGE FREIHEITLESERKREIS Berlin mit, aus dem heraus sich später das DEUTSCHE KOLLEG entwickelte. Dieses ist heute für seine antisemitischen Pamphlete bekannt und hat sich die »Schulung der nationalen Intelligenz« zum Ziel gesetzt.³ Das *Antifascistische Infoblatt* outete DRESCHER im Frühjahr 1994 als damaliges CDU-Mitglied wegen seiner guten Verbindung zu rechtsextremen Kreisen. So gehörte DRESCHER zum Spender-

und Unterstützerkreis der DVU und war geladener Gast bei einer Veranstaltung der BERLINER KULTURGEMEINSCHAFT PREUßEN.⁴ Diese Intervention bewirkte zwar nicht den sofortigen Ausschluss aus der CDU, jedoch wurde es um DRESCHER ruhiger.

Im September 1998 fand sich sein Name auf der Landesliste der INITIATIVE PRO D-MARK zur Bundestagswahl wieder. Seine früher offensichtlichen Verbindungen bis in das neonazistische Spektrum sollten der PRO – glaubt man ihren Distanzierungsbemühungen – eine Nachfrage wert sein. Immerhin lobt die neonazistische HDJ Dreschers CD in den höchsten Tönen.

Björn Falter

- 1) http://www.schillpartei-bln.de/ueber_uns/neukoelln.htm, Stand vom Juni 2002.
- 2) <http://64.83.120.138/~hdjinfo/hdj/weihnachten.htm>.
- 3) *UMBRUCH*, Nr.6, 1995, S.4 ff.: »Die Schulung der nationalen Intelligenz« von REINHOLD OBERLERCHER.
- 4) *Antifascistisches Infoblatt*, Nr. 27, 1994, S. 46: »Helge Drescher. Von der CDU, über die Junge Freiheit bis hin zum NS-Netzwerk«.

Kameraden vor Gericht

Bericht ➔ Berliner Neonazis wegen Überfall verurteilt

Mehr als drei Jahre nach dem brutalen Überfall auf eine Gruppe Punks mussten sich im September vier Berliner Neonazis aus dem Kameradschaftsspektrum vor Gericht verantworten – und fanden milde Richter. Rückblick: Hamburg, 10. Juli 1998. Der NATIONALDEMOKRATISCHE HOCHSCHULBUND (NHB), die Studentenorganisation der NPD, hatte zu einer Demonstration gegen die Wehrmachtsausstellung aufgerufen. Aus Berlin machten sich 16 Neonazis mit zwei Kleinbussen in Richtung Hamburg auf. Mit ihnen fahren Beamte der brandenburgischen Polizei-Sondereinheit gegen rechte Gewalt (MEGA) mit dem Auftrag, genau jene 16 Neonazis zu beobachten und eventuelle Straftaten der Gruppe zu unterbinden.

Nach dem Ende der Demonstration fahren die sechzehn komplett in schwarz gekleideten »Kame-

raden« zurück nach Berlin. Auf dem Rasthof Stolpe legt derweil eine Gruppe Punks mit ihrem Bus eine Pause ein. Als die zwei Kleinbusse auf den Rasthof fahren, nehmen die Neonazis sofort die Punks ins Visier. Sie steigen aus den Bussen aus, verummern sich und greifen die Gruppe Punks mit Steinen, Flaschen und einer Eisenstange an. Die Angegriffenen flüchten in ihren Bus. Erst aufgrund des energischen Hupens einer couragierten Autofahrerin flüchten die Angreifer von der Raststätte. Resultat: ein Verletzter und ein Sachschaden von 1750 Euro am Bus. Das alles geschah unter den Augen der Polizisten, die den Überfall aus sicherer Entfernung beobachtet hatten. Einige Minuten später werden alle 16 Neonazis von einem großen Polizeiaufgebot auf der Autobahn festgenommen. Bei den anschließenden Hausdurchsuchungen werden Waffen und Propagandamaterial beschlagnahmt, die Täter bleiben auf freiem Fuß. Bereits 2001 war der Luckenwalder Neonazi ALEXANDER TOMCZYK wegen des Überfalls zu neun Monaten auf drei Jahre Bewährung verurteilt worden. Nun mussten sich MARCO OEMUS, ALEXEJ SCHWABAUER, SEBASTIAN SCHURAK und MARTIK MKRTSCHJAN vor Gericht verantworten. MARCO OEMUS bekam unter Einbeziehung anderer Strafen eine Gesamtstrafe von 26 Monaten. Alle anderen wurden zu Geldstrafen verurteilt. Die Staatsanwaltschaft ist in Revision gegangen.

Hannes Ritter

MARCO OEMUS (links) und ALEXEJ SCHWABAUER





"Wir sind drinnen, der Staat bleibt draußen"

Vor Ort ➔ Neonazistischer Erlebnispark in der Pfalz

In den Jahren 2001 und 2002 waren mehrere Versuche der NPD fehlgeschlagen, über den Kauf eines Anwesens in der Pfalz einen Freiraum zu schaffen. Land und Sparkassen verhinderten dies, in dem sie den Neonazis die ausgespähnten Objekte vor der Nase wegkauften. Doch für das Gelände der ehemaligen Ausflugsgaststätte ELMSTEINER HOF boten die Neonazis mit 720.000 Euro mehr als das doppelte des ortsüblichen Kaufpreises. Kreis, Land und Sparkasse mussten passen: »Welcher Kassenprüfer akzeptiert denn, wenn Steuergelder für den Kauf eines Anwesens zu einem absolut überhöhten Preis verpulvert werden«. Das Geld, so wird in den Amtsstuben kolportiert, käme unter anderem vom Hamburger Neonazi JÜRGEN RIEGER. Andere Kaufinteressenten gibt es nicht und der rührige NPD-Akti-



Der ELMSTEINER HOF samt Nebengebäuden.

vist SASCHA WAGNER hat sich im August schon mal eingemietet.

Samstag, der 14. September 2002: Es ist das nunmehr zweite Konzert, welches im ELMSTEINER Hof stattfindet. An der Polizeisperre vor dem Ortsschild ist Endstation. »Keine Durchfahrt« wird uns erklärt, wir könnten unser Auto hier abstellen und den Rest zu Fuß zurücklegen. Jedoch könne nicht für unsere Sicherheit garantiert werden. Wie bitte, das ist doch eine öffentliche, bei Ausflüglern sehr beliebte Straße? Hilfloses Achselzucken bei den Polizisten, die sich sichtlich unwohl in ihrer Haut fühlen. Nach Rücksprache mit der Einsatzleitung geht es unter dem Schutz eines Streifenwagens dann doch in den Ort, vorbei am Elmsteiner Hof und zu einem Parkplatz mehrere hundert Meter weiter. Das Aussteigen geschieht auf eigene Gefahr. Obwohl früher Abend, sind an allen Häusern die Fenster und Fensterläden schon geschlossen, kein Anwohner und kein Polizist ist zu sehen. Gerade marschiert eine Gruppe Neonazis mit T-Shirts der HAMMERSKIN NATION

Als die NPD-Strategiepapiere um 1992 zur Schaffung von »Befreiten Zonen« aufriefen, wurde dies als Beispiel neonazistischer Größenwahn belächelt. Die Realität hat die Visionen eingeholt. Stadtteile oder ganze Orte werden heute von Neonazis dominiert. Im allgemeinen Bewusstsein ist dies ein »Ost-Problem«. Wie selbstgefällig dieser Fingerzeig ist, wird sichtbar am Beispiel Elmstein, einem idyllisch gelegenen Städtchen mitten im Pfälzer Wald.

Richtung Konzert. Schräge Blicke streifen uns, wir gehören nicht hierher. In einer Seitenstraße treffen wir dann AnwohnerInnen, die vor ihren Häusern stehen. »Gespenstisch« sei das, was sich hier abspiele, sagen sie, aber immerhin nicht ganz so arg wie beim letzten Konzert. Da sei Sieg-Heil-Geschrei durch den halben Ort gedöhnt. Das sei ja hinnehmbar, solange die Neonazis unter sich blieben, meint eine. Nein, das sei es nicht, entgegnet ihr Nachbar, das sei nämlich schlecht für den Fremdenverkehr, von dem die Gemeinde lebt. Haben die Neonazis schon Ärger gemacht? Ja, dem örtlichen Gastwirt haben sie an die Tür getreten, weil er seine Gaststätte verschlossen habe. Aber ansonsten hätten sie ja keinen Grund. Die »paar Ausländer« in Elmstein würden sich an diesen Wochenenden eh nicht auf die Straße wagen. Was sie denn dagegen tun wollten? Achselzucken, »was können wir denn schon tun?« Politik und Polizei seien gefordert, aber die ließen sich nicht blicken. Dabei sei es doch nur eine Frage der Zeit, bis auch die Linken kämen. Und dann gäbe es Krawalle.

Das Konzert an diesem Tag ist eher eines der »kleineren«. Vielleicht 150 Neonazis sind bis jetzt gekommen, es spielt die Stuttgarter Band JAGDSTAFFEL und hinter der provisorischen Bühne im ehemaligen Biergarten hängt ein Transparent der Mannheimer Gruppe SIEGNUM. »Immer in die Eier, immer in die Eier« – Coverversionen der Bremer Band ENDSTUFE erschallen durchs Tal. Das Publikum grölt mit. Die Musik dient für WAGNER, wie er schon 1995 freimütig bekundete, lediglich als Mittel »um Leute anzusprechen«. Er und die Seinen haben Größeres vor. In Haus und Nebengebäuden soll ein Schulungszentrum und Wohnraum für kinderreiche, deutsche Familien entstehen.

Doch die stünden nun »obdachlos« da: In der Nacht zum 3. Oktober brannte der Dachstuhl des Wohnhauses, es entstand ein Sachschaden von 100.000 Euro. Während NPD und Noch-Eigentümer »Gegner des Verkaufes« verantwortlich machen, berichtet ein Feuerwehrmann, dass der Brand innen gelegt wurde, jedoch keine Einbruchspuren erkenn-

Mittelpunkt der regionalen Neonazi-Infrastruktur entwickelt hatte: Seit Oktober bieten über 40 linke und bürgerliche Gruppen, die sich in der Kampagne *Thor muss weg* zusammengeschlossen haben, den Neonazis Paroli. Neben Infoveranstaltungen fand am 7. Dezember u.a. ein antifaschistisches Torwandschießen und Fußballturnier statt, an dem etwa 200 Personen teilnahmen. Ob Thor endgültig schließen muss, ist indes noch unsicher: Die Betreiber – die bekannten Neonazis RONNY THOMAS und SVEN HAGENDORF – wollen juristisch gegen die Kündigung vorgehen (www.thormussweg.de). ◀

Tagung des Instituts für Staatspolitik

Berlin/Schnellroda • GÖTZ KUBITSCHKE hat für den 14. Dezember zum mittlerweile 5. BERLINER KOLLEG DES INSTITUTS FÜR STAATSPOLITIK (IFS) eingeladen. Thema war »Der Bürger. Herrschaft und Gestalt« und KUBITSCHKE – Autor der JUNGEN FREIHEIT – fragte: »Gibt es überhaupt noch ein Bürgertum, gebildet, anstrengungsbereit, solide, staatstragend, stetig im besten Sinne des Wortes?«. Als Diskussionspartner und Referenten waren ARNULF BARING, KARLHEINZ WEIßMANN, EBERHARD STRAUB und MANFRED LAUERMANN angekündigt.

Das auf einem Rittergut in Schnellroda (Thüringen) beheimatete IFS ist ein Projekt aus den Reihen der DEUTSCHEN GILDENSCHAFT, der auch WEIßMANN angehört. Es gehört zu einem Netzwerk von gildenschaftlichen Projekten, zu denen laut Helmut Kellershohn (DISS-Journal 8-2001) auch die JUNGE FREIHEIT sowie die EDITION ANTAIOS gehören. Vor allem die JUNGE FREIHEIT und das OSTPREUBENBLATT begleiten die Aktivitäten des Instituts wohlwollend. MANFRED LAUERMANN hatte 1998 in einer Berliner Zeitschrift versucht, »Das Soziale im Nationalsozialismus« zu entdecken. Dies brachte ihm eine scharfe Kontroverse ein, in der ihm u.a. die Diffamierung der Sozialdemokratie vorgeworfen wurde. ◀

U-Haft für Musiklehrer

Neukloster • Seit dem 12. November sitzt GUIDO S. aus Neukloster bei Wismar wegen des Verdachts der Beihilfe zu versuchtem Mord und versuchter schwerer Brandstiftung in Untersuchungshaft. Der 36-jährige ist dringend verdächtig, zwei 18-jährigen ▶



Neonazis bei einem Brandanschlag geholfen zu haben. Die beiden Täter hatten versucht, in der Nacht des 4. November einen Asia-Imbiss in Wismar anzuzünden. GUIDO S., der als Musiklehrer an einem Gymnasium in Neukloster arbeitete, wird vorgeworfen, die beiden Jugendlichen zu einer Tankstelle gefahren und ihnen einen Kanister geliehen zu haben. S. stammt aus Krefeld (NRW) und ist nach Meldungen der Schweriner Volkszeitung dem dortigen Verfassungsschutz als Aktivist der DVU bekannt gewesen. Lehrerkollegen bezeichneten ihn laut Presse als »sehr konservativ« und »autoritär«.

Bei einer Hausdurchsuchung nach dem versuchten Brandanschlag waren ein Hitler-Porträt, eine Hakenkreuzfahne sowie rechtsextreme Schriften gefunden worden. ◀

Aufmarsch 1: 35 NPDler in Neuruppin

Neuruppin • Am 14. Dezember fand in Neuruppin erneut eine NPD-Demo statt. Unter dem Motto »Todesstrafe für Kinderschänder« zogen knapp 35 Nazis durch die Stadt, begleitet von etwa 60 Gegendemonstranten. Der Brandenburger NPD-Vorsitzende und Demo-Anmelder MARIO SCHULZ hielt auf der Kundgebung eine – von PassantInnen durchweg ignorierte – Rede unter Bezugnahme auf die Verurteilung Frank Schmökels am Mittwoch in Neuruppin. Eine von den Jusos angemeldete Gegendemonstration auf der gleichen Strecke wurde von der Polizei auf mehrere hundert Meter Abstand gehalten.

Die Route der Nazis führte unter anderem am Alternativ-Café *Mittendrin* vorbei – aus den Fenstern wurden die NPDler dort mit lautem Deutschpunk beschallt. Auf der antifaschistischen Demo war unter anderem Bürgermeister Otto Theel (PDS) zugegen. Schon in den Vortagen hatten Antifas mehrere tausend Flugblätter gegen die Nazi-Aktion verteilt (Quelle: infortiot.de). ◀

Aufmarsch 2: 40 Nazis in Teupitz

Teupitz • Ebenfalls am 14. Dezember fand in Teupitz – nahe Halbe – ein Aufmarsch des Kameradschaftsspektrums statt, an dem lediglich 40 Personen teilnahmen. Das Frontransparent »Der Friedhof gehört dem Volk« wurde schweigend einmal quer ▶

bar gewesen seien. Selbst die Polizei ermittelt nicht nur »in die linke Richtung« und zeigt sich verwundert darüber, dass WAGNER entgegen seinen Gewohnheiten in dieser Nacht nicht zu Hause war. Dabei stand am 3. Oktober ein wichtiger Termin an: Der Kaufvertrag sollte notariell über die Bühne gehen. Dies ist geplatzt. Der NPD bleibt es erspart, den

völlig überhöhten Preis zu zahlen, die Verhandlungen gehen in eine neue Runde und der Schaden wird zur Versicherungssache erklärt. Insofern gibt es wenig Grund, in die unverhohlene Schadenfreude der Anwohner und Anwohnerinnen einzustimmen. Elmstein wird AntifaschistInnen wohl noch einige Zeit beschäftigen. Michael Weiss

<http://www.apabiz.de>

Vorstellung ➔ Die neue Internet-Präsenz des apabiz e.V.



Was soll ein antifaschistisches Archiv im Internet? Diese Frage stellten wir uns auch lange Zeit und diskutierten. Seit Ende November kann nun unsere neue Web-Präsenz im Internet bestaunt werden. Die Schwerpunkte von www.apabiz.de liegen neben der Vorstellung unseres Archivs und der Dokumentation unserer Arbeit vor allem auf der Unterstützung antifaschistischer Aktivitäten und der Förderung der Vernetzung von Initiativen. Denn schließlich soll dieses Forum nicht nur der Selbstdarstellung dienen, sondern in erster Linie Hilfe für die alltägliche Praxis sein – auch ohne, dass man in die Lausitzer Straße kommen muss.

Die Hauptseite mit aktuellen Ankündigungen führt einen zu den Unterpunkten Archiv, Bildung, Publikationen – als den Schwerpunkten unserer Arbeit –, und den Rubriken Verein und Netz. Zwar ist in allen Bereichen schon etwas vorhanden, die Seite befindet sich aber noch im Aufbau und wir sind um stetige Erweiterung und Aktualisierung bemüht. Das Archiv selbst lässt sich natürlich schwer im Internet vorstellen, dafür haben wir unsere Sondersammlungen ausführlich porträtiert. Ebenfalls vorhanden sind verschiedene Listen und Chronologien, wie z.B. eine Auflistung aller in der BRD seit dem Zweiten Weltkrieg verbotenen rechtsextremen Gruppen. In naher Zukunft werden hier auch der Buchbestand unserer Bibliothek und weitere Materialien abrufbar sein.

Bereits jetzt etwas ausführlicher präsentiert sich der Bereich Bildung: Unser ReferentInnen-Katalog ist online abrufbar und bietet zu jeder angebotenen Veranstaltung eine Inhaltsbeschreibung. War das Feedback auf den bisher nur in Druckform vorliegenden Katalog bereits sehr gut, hoffen wir nun auf eine noch breitere Nutzung des ReferentInnen-Pools. Einen Schwerpunkt haben wir dabei auf Seminare für Aktive gelegt. Diesen wollen wir die Möglichkeit bieten, sich neues Handwerkszeug für ihre Arbeit zuzulegen und praktisch auszuprobieren. Hierzu zählen Workshops zu Argumentationen gegen rechts, Öffentlichkeitsarbeit, Repression und Recherche. Den zweiten Teil unserer Bildungsarbeit macht die Erstellung von Bildungsmaterial aus. Hier zeigen wir Beispiele unserer Arbeit, welche im bequem handbaren PDF-Format vorliegen.

Der dritte Teil der Internet-Präsenz dokumentiert unsere Öffentlichkeitsarbeit. Hierzu zählt zum einen der *monitor*, dessen Ausgaben im PDF-Format vorliegen. So erhalten Interessierte einen Zugriff auf die bereits vergriffenen Druckausgaben der älteren Nummern. Zum anderen gibt es die Möglichkeit, in unseren früheren Pressemitteilungen, Materialsammlungen, Büchern und Broschüren zu stöbern.

Abgerundet wird das Angebot mit einer ausführlichen Vorstellung unseres Vereins und den Möglichkeiten der Unterstützung unserer Arbeit. Denn nach wie vor sind wir unabhängig von irgendwelchen Fördermitteln und sind von daher immer bestrebt, neue Fördermitglieder zu werben und interessierten Initiativen und Vereinen unser Infopaket näher zu bringen. Björn Falter

Das Info-Paket vom apabiz e.v.



Nicht nur für Vereine und Institutionen, sondern für alle, die in den Genuss des gesamten Service des *apabiz e.v.* kommen möchten, gibt es jetzt unser Info-Paket in den Größen S, M und L:

- je 3/10/20 Exemplare des *monitor* pro Ausgabe
- den *ReferentInnen-Katalog* inklusive Updates
- zwei Exemplare aller *neuen Publikationen* des *apabiz e.v.* (Broschüren, Handreichungen etc.)
- **Sonderkonditionen** bei Nachbestellungen und Recherche-Anfragen

gibt es für 70 Euro / 100 Euro / 130 Euro im Jahr!



Zwischen Google und Konjunktiv

Rezension ➔ T. Grumke, B. Wagner (Hg.): »Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft«. Leske & Budrich, Opladen 2002.

Im Herbst ist das »Handbuch des Rechtsradikalismus« im Verlag Leske & Budrich erschienen. Seine Herausgeber Bernd Wagner und Thomas Grumke beabsichtigen, durch »Fachartikel als auch durch einen Rechercheil zu Personen und Infrastruktur einen umfassenden Überblick über den gegenwärtigen deutschen Rechtsradikalismus in all seinen ideologischen und organisatorischen Facetten und Ausformungen zu vermitteln« (S.7). Diesem löblichen Ansatz wird das Buch nicht gerecht.

Die Fachartikel sind von wechselnder Qualität, einige Beiträge scheinen allzu bekanntes nur neu formuliert zu haben. Ärgerlich aus eigener Sicht ist vor allem der Artikel von Sven Pötsch über »Rechtsextreme Musik«: Pötsch referiert zum Großteil bereits veröffentlichte Fakten mit dem Stand vor dem Verbot von BLOOD & HONOUR – und das ist immerhin zwei Jahre her. Pech für Herrn Pötsch, dass er zudem aus dem Buch *White Noise* den einzigen inhaltlichen Fehler abgepinselt hat: Der klandestine Vertrieb der LANDSER-CD »Rock gegen oben« war dort falsch dargestellt worden, zurückzuführen auf eine unpräzise Aussage der Polizei.

Der Blick in den lexikalischen Teil des Handbuches wirft die Frage auf, warum Organisationen, Verlage, Bands und Personen gerade in *dieser* Zusammensetzung aufgenommen wurden. Bei den Personen-Profilen finden sich fast ausschließlich NPD-Kader und Aktivisten aus dem Kameradschaftsspektrum, die man zum größten Teil als neonationalsozialistisch bezeichnen muss, nicht lediglich als rechtsradikal. Die Auswahl der Organisationen u.ä. offenbart nicht nur große Defizite. Sie scheint auch wenig zielgerichtet und an der Präsenz der Gruppierungen in Internet und Sekundär-Quellen orientiert zu sein. So bekommt die Kleinstsekte KAMPFBUND DEUTSCHER SOZIALISTEN (KdS) insgesamt drei Seiten zugewilligt. Der weitaus einflussreichere Freundeskreis ULRICH VON HUTTEN E.V. hingegen wird auf zwei Seiten abgehandelt. Dessen Mutterorganisation Deutsche Kulturgemeinschaft aus Österreich kommt in dem Buch nur am Rand vor (S.323) und wird fälschlicherweise mit dem DKeG Deutschland gleichgesetzt. Weiterhin finden sich – ausser dem WITIKO-BUND – keine Organisationen aus dem Vertriebenen-Spektrum und keine Burschenschaft. Die HEIMATREUE DEUTSCHE JUGEND fehlt ebenso wie die JUNGE LANDSMANNSCHAFT OSTPREUßEN. Dafür werden die ANS/NA oder das KAH – im Handbuch hartnäckig *die* KAH genannt – vorgestellt. Organisationen, über die vor sechs Jahren schon nichts Neues mehr zu schreiben war.

Ähnlich seltsam mutet der Komplex Verlage an. So wird der Zeitschrift NATION & EUROPA unterstellt, dass sie mit »Hilfe der sogenannten neurechten Autoren« eine »große Wirkung auf Personen auch außerhalb des rechtsradikalen Spektrums« besitze. Richtig ist indes, dass die Qualität des Monatsblatt nach wie vor darin besteht, der gesamten extremen Rechten ein Forum zu bieten. Die Herausgeber positionieren sich dabei eindeutig rechtsextrem; von »neuen« Rechten ist weit und breit nichts zu sehen. Im Gegenzug ist das Flaggschiff rechtsextremer Scharnier-Bemühungen, die JUNGE FREIHEIT, mit keinem Wort erwähnt.

Fazit: Die Autoren weisen nach, dass sie sich bestens in Internetrecherche und Sekundärliteratur zum Thema Rechtsextremismus auskennen. Der von ihnen in der Einleitung angekündigte Rückgriff auf »Primärquellen« beschränkt sich zum überwiegenden Teil auf Internetquellen. Der Lexikonteil des Handbuches ist ein Rückschritt für AntifaschistInnen. Nicht nur die Fakten sind auf einfachste Art und Weise zusammengestückelt worden. Auch die Einschätzungen bewegen sich häufig im Konjunktiv und vermeiden somit eine konkrete Einschätzung rechtsextremer Strukturen. Der im Buchtitel und in der Einleitung angekündigte Überblick über alle ideologischen und organisatorischen Facetten des Rechtsradikalismus ist nicht umgesetzt worden. Vor dem Hintergrund, dass das Handbuch den »Rechtsradikalismus« beleuchtet will, wundert es, dass die Braunzone – also die Brückenbauer zwischen Rechtsextremismus und sogenannter Mitte – so gut wie gar nicht vorkommt. Es macht den Anschein, als hätten die Autoren des Handbuches keinerlei politische Diskussion über die Ausrichtung ihres Machwerkes geführt. Vor diesem Hintergrund ist die in der Einleitung als positiv hervorgehobene fehlende Einigung auf einen einheitlichen Rechtsextremismus- bzw. Rechtsradikalismus-Begriff nur als Unvermögen der Herausgeber und nicht als »Diversität der Diskussionslandschaft« zu deuten (S.7).

Nicht zuletzt machen die Herausgeber des Handbuchs deutlich, dass sie bei ihrer Arbeit durch eine »ostdeutsche« Brille schauen. Dies wird zum einen an der ungenügenden Beschreibung alteingesessener westdeutscher Nazistrukturen deutlich, zum anderen im »Verzeichnis von Akteuren gegen Rechtsradikalismus« (ab S.483): Während man für Berlin/Brandenburg auf knapp zwölf Seiten Anlaufstellen findet, gibt es in Hamburg nur einen einzigen »Akteur gegen Rechtsextremismus«, das Internetprojekt *nadir*. apabiz e.v.

durch das Örtchen getragen, flankiert von einem enormen Polizeiaufgebot. Direkt an der Demoroute protestierten etwa 20 Personen mit einem antirassistischen Infostand gegen die Nazis um CHRISTIAN WORCH, LARS JACOBS und OLIVER SCHWEIGERT. Inhaltlich wandte sich der Aufmarsch gegen den lokalen Amtsdirektor Reiner Oncken, den die Nazis für das Verbot ihres Heldengedenkens in Halbe am 17. November mitverantwortlich machen, das von LARS JACOBS angemeldet worden war (Quelle: inforiot.de). ◀

Nazi-Gedenken in Berlin-Neukölln

Berlin • Am 17. November versammelten sich Mitglieder und Sympathisanten verschiedener rechter Parteien und Burschenschaften zusammen mit Angehörigen der Bundeswehr auf dem Garnisonsfriedhof am Columbiadamm, um Kränze für die in den Weltkriegen gefallenen (deutschen) Soldaten niederzulegen. Während der für diesen Tag geplante Nazi-Aufmarsch in Halbe verboten blieb, konnten die Nazis hier ihre Kränze ungestört und mit ausdrücklicher Billigung des veranstaltenden Bundeswehrverbandes abwerfen. An dem Spektakel nahmen u.a. etwa 10 Vertreter von REP, DVU, NPD und



dem ORDEN DER RITTERKREUZTRÄGER teil sowie mehrere Burschenschaftler. Die übrigen ca. 100 Anwesenden – größtenteils uniformierte Soldaten, aber auch offizielle VertreterInnen der Senatsparteien – ließen sich durch diesen Umstand nicht stören. Im Gegenteil: Auf Nachfrage bestätigte ein Vertreter des Bundeswehrverbandes, dass es egal sei, welchem politischen Spektrum die Gedenkenden zuzuordnen seien. Wichtig sei, dass man überhaupt gedenke. So sah man an diesem Tag zwischen einigen Deutschlandfahnen auch die schwarzweißrote Fahne – geschwenkt vom neonazistischen Liedermacher FRANK HÄHNEL aus Frankfurter (Oder). ◀



Abonnieren...

...kann man den monitor nicht. Aber wer Fördermitglied des apabiz e.V. wird, der bekommt ihn kostenlos zugeschickt! Spenden und vor allem ein fester Kreis von Fördermitgliedern sind für unsere Arbeit unersetzbar. Sie sichern den Erhalt unseres Projektes unabhängig von öffentlichen Geldern und damit unabhängig von gesellschaftlichen Stimmungen. Die Spenden sind steuerlich absetzbar.

► Fördermitglied werden

Ihr spendet uns einen festen monatlichen Betrag, den wir von Eurem Konto abbuchen. Alternativ ist auch die Einrichtung eines Dauerauftrages möglich. Dafür erhaltet Ihr diesen Rundbrief mit unserer internen Beilage, werdet mit Informationen versorgt und bekommt einen Kaffee, wenn Ihr vorbeikommt.

► Spenden

Ihr überweist einfach einmalig oder per Dauerauftrag auf unser Konto (s. S. 1). Für die Ausstellung einer Spendenbescheinigung müsst Ihr uns allerdings noch Eure Daten zukommen lassen. Auch Sachspenden sind willkommen.

► Fördermitgliedschaft

Hiermit erteile ich dem apabiz e.V. eine Einzugsermächtigung über monatlich _____ Euro (mind. 5 Euro).

► Dauerauftrag/Einmalige Spende

Ich habe zur Unterstützung Eurer Arbeit

- einen Dauerauftrag eingerichtet.
 einmalig _____ Euro überwiesen.

Kontonummer: _____

Bank und BLZ: _____

Name/Organisation: _____

Adresse: _____

e-mail: _____

Unterschrift: _____

- Spendenbescheinigung erwünscht (Fördermitglieder und Dauerspenden erhalten diese einmal jährlich)

Neu im Archiv

In dieser Rubrik wollen wir Euch einen kurzen Überblick über Bücher, Broschüren und andere Medien geben, die im Archiv neu

eingegangen und ab sofort verfügbar sind. Darüber hinaus werden wir auf bestimmte Sachgebiete hinweisen, zu denen Ihr Sammlungen bei uns finden könnt. Danke an die Verlage.

- Hans-Gerd Jaschke, Birgit Rättsch, Yury Winterberg: »Nach Hitler. Radikale Rechte rüsten auf«. C. Bertelsmann, München 2002.

Die Autoren zeigen auf, wie rechte Parteien und Organisationen ihren Einfluss vorantreiben: durch den Kampf auf der Straße, durch Teilnahme im Parlament, durch Entwicklung und Verbreitung rechter Ideologien. Recherchen in Ost- und Westdeutschland, Interviews mit Opfern und Tätern sowie teilweise unbekanntes Material aus DDR-Archiven machen das Buch zu einer interessanten Dokumentation.

- Marco Carini, Andreas Speit: »Der Rechtssprecher Ronald Schill«. Konkret Literatur Verlag, Hamburg 2002.

Die beiden Journalisten legen den kometenhaften Aufstieg des RONALD SCHILL vom »Richter Gnadenlos« zum Hamburger Innensenator dar. Nach neueren Umfragen würde seine PARTEI RECHTSSTAATLICHE OFFENSIVE wieder erfolgreich sein. Ein interessantes Buch in einer Zeit, in der der Widerstand gegen SCHILL in Hamburg auf die Straße getragen wird.

- Jens Renner: »Der neue Marsch auf Rom. Berlusconi und seine Vorläufer«. Rotpunktverlag, Zürich 2002.

Der Autor zieht nach der einjährigen Regierungszeit BERLUSCONIS Bilanz und beschreibt dessen Bestrebungen, im Mutterland des Faschismus erneut ein autoritäres Regime zu etablieren. Die bisherigen Gesetzesänderungen, Maßnahmen gegen die Unabhängigkeit der Justiz und die weitgehende Ausschaltung oppositioneller Kritik zeigen, dass die Entwicklung in Richtung auf eine neuartige Erscheinungsform des Faschismus im neoliberalen Gewand steuert.

- Burkhard Jellonek, Rüdiger Lautermann (Hg.): »Nationalsozialistischer Terror gegen Homosexuelle. Verdrängt und ungesühnt«. Verlag Schöningh, Paderborn 2002.

Das Buch beinhaltet eine umfassende Bestandsaufnahme des aktuellen Wissensstandes zur Verfolgung von Homosexuellen durch den Nationalsozialismus. Dabei geht es im einzelnen um die Situation lesbischer Frauen, die Stellung von Homosexuellen in der NS-Gesellschaft und die Rolle der NS-Institutionen, wie Polizei, Justiz, Medizin und Psychiatrie. Nach der Politik des Vergessens hat in den vergangenen Jahren die Arbeit des Erinnerens zugenommen; bei der

Darstellung des Schicksals homosexueller Häftlinge in Mahnmalen und Gedenkstätten gibt es viel nachzuholen.

- Kerstin Hammann: »Frauen im rechtsextremen Spektrum. Analysen und Prävention«. VAS - Verlag für Akademische Schriften, Frankfurt/Main 2002.

Die Autorin hat sich mit der Frage nach der Teilhabe von Frauen am Rechtsextremismus beschäftigt. Dabei werden ideologische Frauenbilder genauso untersucht wie die Rollen und Aufgaben von Frauen in rechtsextremen Gruppierungen.

- Ulf Neumann, Muzaffer Perik, Wilhelm Schmidt, Peter-Ulrich Wendt (Hg.): »Gewaltprävention in Jugendarbeit und Schule. Konzepte - Praxis - Methoden«. Schüren Verlag, Marburg 2002.

Das Buch setzt sich nach dem Amoklauf von Erfurt und den Debatten um die Pisa-Studie mit der Gewalt als gesellschaftlichem Phänomen auseinander. Neben theoretischen Konzeptionen gibt es Beispiele aus der Praxis von Mobiler und Offener Jugendarbeit.

- Hans-Jürgen Weiß, Cornelia Spallek: »Fallstudien zur Fernsehberichterstattung über den Rechtsextremismus in Deutschland 1998 - 2001«. LfM-Dokumentation Band 23, Düsseldorf 2002.

Fazit der dreijährigen Untersuchung der Berichterstattung von acht Fernsehsendern über Rechtsextremismus ist, dass alle eindeutig gegen diesen Stellung beziehen, dies aber nur selten begründen: Pauschale Urteile statt Argumente. Positiv wird beurteilt, dass die Sender bemüht sind, sich von den Rechtsextremen nicht mehr als Plattform missbrauchen zu lassen.

- »Populismus von Rechts«. Medien Journal, Zeitschrift für Kommunikationskultur 3/2000.

Das vierteljährlich in Österreich erscheinende Medien Journal befasst sich aus Sicht der Kommunikationswissenschaften mit der Verknüpfung von Politik und Medien.

- »Z. - die Zeitschrift für marxistische Erneuerung«. Nr. 51, September 2002.

In dem Schwerpunkt der Ausgabe finden sich Beiträge über den Rechtspopulismus in Europa, u.a. in Frankreich, Dänemark, Italien und v.a. Deutschland.